

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 4/1984 – Dezember

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in der kapitalistischen Weltwirtschaft war in den letzten Monaten zunehmend von Unsicherheiten gekennzeichnet. In den USA mehrten sich die Anzeichen, daß der fast zwei Jahre währende vergleichsweise kräftige Konjunkturaufschwung beendet ist. In Japan setzt sich die Belebung noch fort, stimuliert durch die Exporte in die USA. Da die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte auch dort schwach sind, dürften sich in Zukunft Verlangsamungstendenzen zeigen. In Westeuropa hat sich die ohnehin schwache Belebung weiter abgeschwächt, in Großbritannien und teilweise auch in der BRD überwiegen zur Zeit Stagnationsanzeichen.

Klammert man die Verzerrung der statistischen Ergebnisse in den Monaten Juni/Juli durch die Arbeitskämpfe und die folgende „Nachholjagd“ in einigen Bereichen aus, so haben sich Produktion und Aufträge im Jahresverlauf 1984 kaum verändert: im August/September lagen diese Indikatoren auf dem gleichen Niveau wie im Januar/Februar.

Daß es in der letzten Zeit zu keinem erneuten Rückschlag gekommen ist, ist ausschließlich den ungewöhnlich günstigen Außenhandelsergebnissen zu verdanken. Im Importsog der US-Konjunkturbelebung hat der Welthandel recht kräftig expandiert, wobei die Bundesrepublik ihre ohnehin günstige Position nochmals verbessern konnte. Vor allem die Exporte in den Dollar-Raum haben sprunghaft zugenommen.

Positive Auswirkungen auf die Gesamtkonjunktur, d. h. auf den Binnenmarkt, hat dieser neue „Exportboom“ aber kaum gehabt. Die Absatzlage im Inland blieb gedämpft, der Exportsog führte nicht dazu, daß über eine deutliche Verbesserung der Kapazitätsauslastung der binnenwirtschaftliche „Investitionsmotor“ anspringt. Man kann also zur Zeit von einer „Spaltung“ der Konjunktur in einen Exportaufschwung und eine Stagnation der Binnenmärkte sprechen.

Verantwortlich für die bisher labilste Konjunkturbelebung in der Geschichte

der Bundesrepublik ist vor allem der außerordentlich schwache Private und Öffentliche Verbrauch. Die konsumnahen Bereiche haben – mit Ausnahme der PKW – von der Belebung kaum etwas gespürt. Dort geht zur Zeit der Auslastungsgrad sogar wieder zurück.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die sich deutlich abzeichnende neue Branchenkrise in der Bauwirtschaft zu verweisen: hohe Mieten und Zinsen drücken den Wohnungsbau, die „Sparpolitik“ der öffentlichen Haushalte untergräbt den öffentlichen Bau, während die immer noch dominierenden Rationalisierungsmotive bei den Unternehmen den Wirtschaftsbau negativ beeinflussen. Die Bauwirtschaft hat von der Belebung nur wenig profitiert, es überwiegen hier wieder überzyklische Stagnations- und Schrumpfungstendenzen.

Die für 1985 gemäßigten optimistischen amtlichen Prognosen – es wird mit einer leichten Wachstumsverlangsamung gerechnet – setzen ihre Hoffnungen auf eine erneute Belebung der Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen, Anlagen usw.). Hier hatte es 1984 annähernd eine Stagnation gegeben: viele Unternehmen hatten zwecks Nutzung der bis Ende 1983 befristeten Investitionszulage ohnehin geplante Projekte vorgezogen. Es ist anzunehmen, daß im Zusammenhang mit der Rationalisierung und dem Einsatz neuer Produktionsverfahren auch die Investitionstätigkeit in diesem Bereich hoch bleibt. Vor allem die Elektroindustrie, dort die Bereiche Datenverarbeitung/Nachrichtentechnik, profitieren davon. Auf der anderen Seite beinhalten die neuen Verfahren neben dem Rationalisierungseffekt aber auch umfangreiche Kapazitätserweiterungen: die neuen Steuerungs- und Informationstechnologien erhöhen die Flexibilität der Anlagen, machen also eine intensivere Nutzung der Maschinerie möglich. Sie sind in bezug auf die Kapazitäten oft „kapitalsparend“, d. h., es entfällt die Notwendigkeit zu Kapazitätserweiterungsinvestitionen auch in expandierenden Märkten.

Als wichtiges Merkmal der gegenwärtigen Belebung ist die Tatsache hervorzuheben, daß bis zuletzt die Beschäftigung kontinuierlich gesunken ist. Bei stagnierenden Realeinkommen je Beschäftigten überwiegt noch immer der Abbau von Arbeitsplätzen. Infolgedessen und im Ergebnis der Kürzungen im sozialen Bereich geht die Kaufkraft der Masseneinkommen auch im zweiten Belebungsjahr zurück.

Zusammengenommen lassen diese Faktoren für ein baldiges Ende der schwachen Belebung fürchten: die Verlangsamung im Welthandel, das Ende des Aufschwungs in den USA, die Stagnation der Massenkaufkraft und die sinkende Beschäftigung, die absehbare neue Krise der Bauwirtschaft und der weitgehende Ausfall von Erweiterungsinvestitionen sind Momente, die schon im weiteren Verlauf des kommenden Jahres einen erneuten zyklischen Einbruch begünstigen könnten.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Geld und Kapitalmarkt
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Sozialabbau
- 3.5 Tarifabschlüsse
- 3.6 Ausbildungsstellen
- 3.7 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik hat sich im ersten Halbjahr 1984 weiter erhöht. Das Wachstum beruht allerdings vor allem auf der Entwicklung im ersten Quartal, im zweiten Quartal sind die Ergebnisse durch die Auswirkungen der Arbeitskämpfe von Mai und Juni beeinflusst. Die Produktionseinbußen wurden in den folgenden Monaten zum großen Teil wieder aufgeholt, so daß die Ziffern für das zweite Halbjahr dadurch günstig beeinflusst werden. Insgesamt liegen die arbeitskampfbedingten Ausfälle für das ganze Jahr 1984 daher nur bei etwa 0,1 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP), wie sowohl das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) als auch die Deutsche Bundesbank schätzten.

Bruttosozialprodukt

	Mrd. DM ¹	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
		nominal	real
1981 1. Hj.	732	+3,0	-1,0
2. Hj.	813	+4,9	+0,5
1982 1. Hj.	763	+4,2	-0,6
2. Hj.	836	+2,8	-1,6
1983 1. Hj.	792	+3,8	+0,4
2. Hj.	879	+5,2	+2,2
1984 1. Hj.	826	+4,2	+2,2
2. Hj. ²	923	+5,0	+3,0

¹ In jeweiligen Preisen
² Schätzung des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/1984, S. 729; DIW-Wochendienst, 43/84, S. 532)

Von der Nachfrageseite her wirkten vor allem die Auslandsnachfrage und die Bauinvestitionen wachstumsstimulierend, ein Trend, der sich aber 1985 nicht in gleichem Umfang fortsetzen wird. Die Bauinvestitionen werden 1985 zurückgehen.

Daher sind die „amtlichen“ Prognosen für 1985 auch eher gedämpft: allgemein wird mit einer gewissen Wachstumsverlangsamung gerechnet, die für 1985 erwarteten Wachstumsraten des realen BSP liegen zwischen zwei und zweieinhalb Prozent.

Prognose 1984/85¹

	1983	1984	1985
Bruttosozialprodukt	+1,3	+2,5	+2,0
Privater Verbrauch	+1,1	+1,0	+1,5
Staatsverbrauch	0,0	+0,5	+0,5
Anlageinvestitionen	+3,1	+2,5	+2,0
Ausfuhr	-1,3	+7,0	+6,0

¹ „Herbstgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, real
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43/84, S. 532)

Das Hauptjahr der zyklischen Konjunkturbelebung, das Jahr 1984, hat nur noch eine Wachstumsrate von etwa zweieinhalb Prozent gebracht und war damit noch nicht einmal mehr ausreichend, um in einem einzigen Jahr die Beschäftigung auch nur zu stabilisieren. Damit setzt sich auch der langfristige Trend zur Wachstumsabschwächung weiter fort: es muß daran erinnert werden, daß die Wachstumsraten in der Belebungsperiode zwischen 1976 und 1979 immerhin noch bei vier Prozent im Durchschnitt gelegen hatten.

Die Schwäche des Privaten und Öffentlichen Verbrauchs ist auch in den Jahren der Belegung seit 1983 ausschlaggebend für deren zögernden Verlauf geblieben. Die Anstoßwirkungen zunächst aus den Investitionen – vor allem bedingt durch den Vorzieheffekt als Folge der Investitionsprämie – hat sich nicht fortgesetzt; die im ersten Halbjahr 1983 relativ günstige Konsumnachfrage blieb auf den Nachholbedarf vor allem bei PKW beschränkt und setzte sich nicht fort; die starke, Mitte 1983 einsetzende Exportbelegung, beinhaltete keine Anstoßwirkungen für den Binnenmarkt. Der Zusammenhang zwischen der unzureichenden Endnachfrage und der daraus folgenden schwachen Investitionsnachfrage blieb bestimmend für die gesamte Belebungsphase und konnte durch keine noch so „effektive“ Gewinnstimulierung überwunden werden. Erneut hat sich bestätigt, daß die Investitionen im konjunkturellen Zusammenhang in hohem Maße abhän-

gig sind von der Entwicklung der Endnachfrage. Eine Überwindung dieser konjunkturellen Blockierung hätte entweder eine kräftige Ausweitung der Privaten und Öffentlichen Nachfrage über höhere Löhne und höhere Sozialausgaben erfordert und/oder umfangreiche, öffentlich organisierte Investitionen in den existierenden Mangelbereichen Umweltschutz, Städtebau, Nahverkehr usw. Die Konzentration der staatlichen Aktivitäten auf die Förderung von Rationalisierungsinvestitionen in den privaten Unternehmen aber hat eher einen gegenteiligen Effekt: es handelt sich dabei um relativ „kapitalsparende“ Investitionen, die nicht nur die Kosten senken, sondern auch die Kapazitäten erweitern. Gleichzeitig dienen sie der „Freisetzung“ von Arbeitskräften, deren Konsumnachfrage dann weitgehend ausfällt und die Absatzbedingungen einengt.

1.2 Produktion

Die Erzeugung des Warenproduzierenden Gewerbes ist im Verlauf des Jahres 1984 insgesamt nicht weiter angestiegen. Es gab im Juni einen arbeitskampfbedingten scharfen Produktionseinbruch, der aber im Juli und teilweise auch noch in den folgenden Monaten wieder aufgeholt wurde. Klammert man die Wirkungen der Arbeitskämpfe und der darauf folgenden „Aufholjagd“ aus, so liegt die Warenproduktion im August/September (immerhin sind hier noch kleinere Nachholeffekte enthalten) sogar leicht (um knapp ein Prozent) unter dem Stand der Monate Januar/Februar 1984, den bisher produktionsstärksten Monaten der laufenden Belebungsphase.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1983			1984		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
92,9	95,1	95,2	98,5	93,8	99,3

¹ Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Unterstrichen werden muß, daß der Vorkrisenstand der Warenproduktion vom ersten Quartal 1980 noch immer um etwa vier Prozent verfehlt ist.

Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres errechnet sich allerdings noch eine leichte Zunahme.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	1983	1984
	1. Vj.	2. Vj.
Insgesamt	+6,5	-12,1
Grundstoffe und Produktionsgüter	+7,4	-3,0
Investitionsgüter	+4,7	-23,2
Verbrauchsgüter	+9,8	-7,6

¹ 1984 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd., S. 65*)

Damit erweist sich der Kernbereich der kapitalistischen Ökonomie, der Bereich der materiellen Warenproduktion, als der am wenigsten dynamische Sektor. Lediglich der Bereich „Elektrizitäts- und Gasversorgung“ expandiert, die übrigen Bereiche, vor allem die Verarbeitende Industrie und die Bauwirtschaft, stagnieren oder sind sogar leicht rückläufig. In der Industrie liegt der Konsumgüterbereich am Ende der Skala: im dritten Vierteljahr 1984 lag die Produktion hier noch um etwa acht Prozent unter dem Höchststand vor der Krise im ersten Vierteljahr 1980.

Ein ähnliches Bild ergeben die industriellen Auftragseingänge. Klammert man die arbeitskampfbedingten Verzerrungen in den Monaten Juni und Juli aus, dann stagnieren auch die Auftragseingänge seit dem Jahresbeginn.

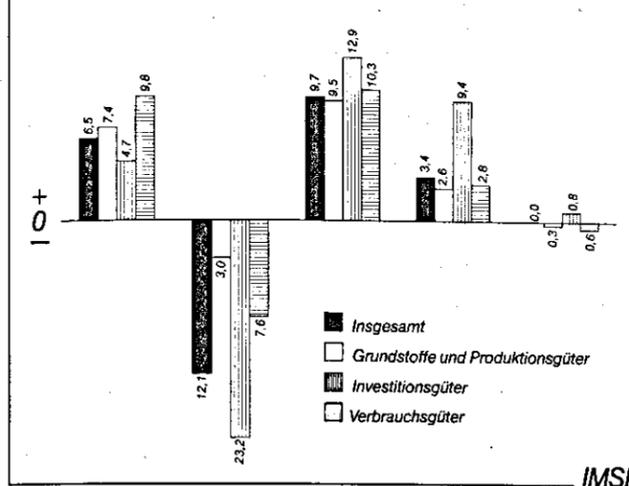
Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1983			1984		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
95	94	96	100	102	104

¹ Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes

in % gegenüber dem Vorjahr



Der regierungsamtliche Optimismus entbehrt also jeder Grundlage, die offiziellen Daten bieten das Bild einer ausgeprägten Stagnationsphase, von einer Fortsetzung des „Aufschwungs“ im Jahr 1984 bzw. nach den Arbeitskämpfen kann keine Rede sein.

Im Vorjahresvergleich ist das Auftragsniveau infolge der Nachholeffekte nach den Arbeitskämpfen zunächst noch deutlich übertroffen worden, im September allerdings lagen die Auftragseingänge der Industrie real nur noch auf Vorjahreshöhe.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Mai	+16,6	+13,0	+18,1	+13,2	+18,1	+15,6	+10,6	+6,9
Juni	-2,4	-5,3	+2,7	-1,2	-5,3	-8,1	-3,0	-4,9
Juli	+17,0	+13,3	+15,0	+9,8	+20,3	+17,6	+10,7	+6,6
Aug.	+11,9	+8,5	+8,4	+3,8	+16,3	+13,7	+5,9	+2,1
Sept. ²	+3,3	+0,1	0,0	-4,0	+7,7	+5,2	+2,3	-5,7

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt
¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Ganz entscheidend für das noch relativ günstige Niveau der industriellen Auftragseingänge sind die Auslandsaufträge. Die Inlandsaufträge sind in saisonbereinigter Betrachtung im Jahresverlauf von 1984 leicht gesunken und lagen im September wieder niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Berücksichtigt man, daß die starke Expansion der Ausfuhr vor allem auf der günstigen Konjunkturlage in Nordamerika und den günstigen, wechselkursbedingten Preisverhältnissen gegenüber dem Dollar-Raum beruht, so sind die Perspektiven für 1985 eher ungünstig zu beurteilen.

Entsprechend den stark auseinanderfallenden Tendenzen in der Gesamtwirtschaft ist auch die Entwicklung in den einzelnen Branchen des Produzierenden Gewerbes sehr differenziert geblieben.

In der eisenschaffenden Industrie hat die konjunkturelle Belegung eine gewisse Entlastung mit sich gebracht: die Stahlproduktion wird mit etwa 39 Millionen Tonnen 1984 um rund neun Prozent über dem Vorjahresstand liegen, gleichzeitig konnten die Preise wieder deutlich angehoben werden. Dies hat die

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeiten- des Gewerbes insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
Inland				
Mai	+12,2	+11,4	+14,6	+8,5
Juni	-4,8	-3,4	-5,3	-5,6
Juli	+13,3	+12,7	+15,5	+8,6
Aug.	+9,2	+4,6	+14,8	+4,4
Sept.	+1,4	-2,8	+7,2	-4,0
Ausland				
Mai	+25,1	+30,6	+23,4	+19,8
Juni	+2,1	+14,8	-5,4	+9,1
Juli	+23,9	+19,2	+27,1	+19,1
Aug.	+17,2	+15,7	+18,5	+12,6
Sept.	+7,0	+5,1	+8,5	+4,4

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Ertragslage der Stahlunternehmen verbessert (inzwischen werden wieder „schwarze Zahlen“ geschrieben), nicht aber ihre Personalabbaustrategien. Insgesamt wird aber weiter davon ausgegangen, daß die Produktionskapazitäten zu hoch sind: das Internationale Eisen- und Stahlinstitut (IISI) rechnet damit, daß selbst in möglichen Boomjahren die Stahlkapazitäten der kapitalistischen Industrieländer nur zu 80 bis 85 Prozent ausgelastet werden können. In der BRD sind die Kapazitäten bei Rohstahl nach der Stilllegung von 46 Hochöfen, 92 Thomaskonvertern und 14 Oxygenkonvertern (im Walzwerkbereich wurden 66 Anlagen stillgelegt) auf 55 Millionen Jahrestonnen gesunken; d. h. gegenwärtig sind sie zu etwa 70 Prozent ausgelastet. Die Anlagen gehören inzwischen nach Japan zu den modernsten der Welt: mehr als zwei Drittel der Stahlerzeugung erfolgt nach dem modernen Stranggießverfahren (Japan: 86 Prozent, USA: 32 Prozent). Die modernen Verfahren, die mit der Entwicklung neuer Stahlqualitäten selbst verbunden sind, senken nicht nur die Beschäftigung sondern die Stahlnachfrage selbst: so läßt sich heute aus einer Tonne Rohstahl zwischen fünf und acht Prozent mehr Fertigstahl gewinnen als vor zehn Jahren.

Die Absatzerwartungen für 1985 sind weiterhin gedämpft, es wird wieder ein leichter Produktionsrückgang (um etwa ein Prozent) befürchtet.

Die chemische Industrie hat 1983 und 1984 eine regelrechte Boomphase erlebt, in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ist der Industrieumsatz um zwölf Prozent höher gewesen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, die Produktion um etwa sieben Prozent. Dies geht überwiegend auf die Auslandsumsätze zurück, die um 18 Prozent expandierten. Die Exportquote der Chemieindustrie überstieg damit erstmals die 50-Prozent-Marke.

Die sinkenden Lohnstückkosten, die verbesserte Kapazitätsauslastung, die sinkenden Rohstoffkosten und die erfolgreichen Preisanhebungen haben vor allem den großen Chemiekonzernen Rekordgewinne beschert: nachdem die Ertragslage sich schon 1983 deutlich verbessert hatte, konnten die „großen Drei“ (Hoechst AG, Bayer AG, BASF AG) ihre ausgewiesenen Gewinne im ersten Halbjahr nochmals fast verdoppeln. Die Kapitalrendite (=Bruttogewinn + Zinsen zu Gesamtkapital) erreichte neue Spitzenwerte.

Gleichzeitig wurden nach Angaben des Verbandes der Chemischen Industrie etwa 3000 zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt, eine Personalerhöhung um ein halbes Prozent. Die drei großen Konzerne bauten dagegen weiterhin Personal ab.

Gegen Jahresende verlangsamte sich das Tempo der Produktionserweiterung, für 1985 wird nur noch mit einer Steigerung um etwa drei Prozent gerechnet.

Der Maschinenbau ist erst relativ spät von der konjunkturellen Belegung erreicht worden. Inzwischen aber hat der Zuwachs

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	1. Vj. 84	2. Vj. 84	Juli	August
Produzierendes				
Gewerbe, insges.	+ 5,4	- 1,2	+ 8,3	+ 3,0
Eisenschaffende				
Industrie	+ 9,1	+ 7,9	+ 19,2	+ 19,4
Chemische Industrie	+ 9,2	+ 4,9	+ 8,7	+ 5,7
Maschinenbau	- 2,8	- 1,3	+ 5,4	+ 7,1
Straßenfahrzeugbau	+ 13,2	- 25,9	+ 8,6	+ 17,7
Elektrotechnik	+ 9,1	+ 3,4	+ 11,1	+ 8,8
EDV-Geräte	+ 16,1	+ 24,9	+ 57,5	+ 12,4
Textilgewerbe	+ 6,0	+ 1,7	+ 8,4	- 2,3
Bekleidungs-gewerbe	+ 3,0	- 0,9	+ 7,6	- 3,4
Bauhauptgewerbe	+ 5,2	- 3,2	+ 6,2	- 13,9

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

bei den Aufträgen auch wieder zu einer Ausweitung der Produktion beigetragen: es wird für 1984 mit einer Produktionsausweitung um etwa zwei Prozent gerechnet, die sich nach den Erwartungen der Branche 1985 etwas beschleunigen soll. Ausschlaggebend sind auch hier die Auslandsaufträge, die in den ersten neun Monaten von 1984 real 14 Prozent über dem Vorjahresergebnis lagen. Die Inlandsaufträge haben sich dagegen nur um vier Prozent erhöht. Die Abschwächung der Konjunktur in den USA dürfte aber dazu führen, daß bei den Auslandsaufträgen 1985 nur noch eine verlangsamte Zunahme zu verzeichnen sein wird.

In der **elektrotechnischen Industrie** hat sich die sehr günstige Entwicklung des vergangenen Jahres weiter fortgesetzt. Mit einer Zuwachsrate von etwa sieben Prozent bei der Produktion liegt dieser eng an den technischen Fortschritt geknüpfte Bereich an der Spitze. Bestimmend sind auch hier die Auslandsaufträge (+ 21,5 Prozent in den ersten neun Monaten), allerdings expandieren auch die Inlandsaufträge (+ 11,4 Prozent) deutlich.

Ausschlaggebend sind die Bereiche Datenverarbeitung, Nachrichtentechnik und Bauelemente. Schwächer entwickeln sich die traditionellen Investitionsgüterbereiche, während bei Konsumgütern nur geringfügige Expansionsraten bzw. absolute Stagnation herrscht. Nach Auskunft des Unternehmensverbandes überwiegen inzwischen die Neueinstellungen die Personalabgänge, im Laufe des Jahres seien vor allem in der Nachrichten- und Datentechnik 20 000 Beschäftigte zusätzlich eingestellt worden. Dies ist allerdings (gemessen an einer Beschäftigtenzahl von 930 000) vor dem Hintergrund der rapiden Produktionssteigerung keineswegs besonders eindrucksvoll.

Für das kommende Jahr zeichnet sich auch hier eine gewisse Verlangsamung ab, es wird mit einer Wachstumsrate der Produktion von etwa vier Prozent gerechnet.

In der **Automobilindustrie** haben sich die Arbeitskämpfe von Mai/Juni am deutlichsten auf die Produktion ausgewirkt. Allerdings konnte ein erheblicher Teil der Produktionsausfälle inzwischen wieder aufgeholt werden. Produktion und Absatzziffern werden trotzdem voraussichtlich um vier bis fünf Prozent unter den Vorjahresergebnissen liegen. Die Zulassungsziffern lagen im Herbst vor allem bei Nutzfahrzeugen, aber auch PKW unter dem Vorjahresstand. Der Automobilabsatz schwächt sich also unabhängig von den Arbeitskämpfwirkungen im Inland wieder ab, ohne daß dies durch steigende Exporte ganz ausgeglichen werden kann. Dabei hat sich die Ausfuhr in die USA in den letzten neun Monaten allerdings markant (+ 40 Prozent) erhöht. Die Automobilindustrie schiebt die inländische Kaufzurückhaltung auf die unklare Situation in Sachen Katalysator, was sicher eine gewisse Rolle spielt. Trotzdem ist auch unabhängig davon eine Absatzverlangsamung zu erwarten. Für 1985 wird trotz dann klarerer Verhältnisse ein weiterer Produktionsrückgang befürchtet.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** konnten seit langer Zeit erstmals wieder ihre Produktion nennenswert ausdehnen. Für 1984 wird mit einer Zunahme um drei bis vier Prozent gerechnet, die in der Textilindustrie stark außenhandelsbedingt ist. In den

vergangenen Monaten hat sich das Wachstum allerdings wieder abgeschwächt, die Erwartungen für 1985 sind sehr gedämpft: Produktion und Absatz werden demnach nur noch geringfügig zunehmen.

Ausgesprochene Hiobsbotschaften kommen aus der **Bauwirtschaft**. Zwar liegt das Bauvolumen noch über dem Vorjahresstand, die seit Frühjahr 1983 rückläufigen Bauaufträge wirken sich aber inzwischen auch auf Produktion, Kapazitätsauslastung und Beschäftigung negativ aus. Die Insolvenzen im Baugewerbe schnellen in die Höhe, die Beschäftigung sinkt.

Anschlußaufträge fehlen weitgehend, vor allem im Wohnungsbau ist die Auftragslage denkbar ungünstig. Aber auch im Wirtschaftsbau gehen die Aufträge deutlich zurück. Lediglich im öffentlichen Tiefbau ist die Lage etwas günstiger.

Bei extrem niedrigen Auftragsreserven ist zu befürchten, daß die Bauwirtschaft schon im nächsten Jahr eine neue Branchenkrise erleben wird, die erhebliche Auswirkungen auf die Gesamtkonjunktur haben dürfte.

Wenig hoffnungsfroh kann die Absatzlage im **Einzelhandel** stimmen. In den ersten neun Monaten von 1984 lagen die Umsätze preisbereinigt nur um gut ein halbes Prozent über dem Vorjahresstand. Zwar hat die Verlangsamung der Inflation die Kaufkraft der Masseneinkommen stabilisiert, gleichzeitig aber steigt die Sparquote wieder an. Es darf also bis jetzt bezweifelt werden, ob der Private Verbrauch im zweiten Halbjahr 1984 tatsächlich in dem von den Prognostikern erwarteten Ausmaß (+ zwei Prozent) ansteigt. Vor allem zum Jahresende ist mit einem starken Rückfall zu rechnen: einmal hatte eine Reihe großer Unternehmen die Jahresabschlusszahlungen ins Frühjahr vorgezogen, diese Mittel fehlen also am Jahresende. Hinzu kommt, daß die Erweiterung der Sozialabgabepflicht für diese Abschlusszahlungen die Weihnachtsgelder kräftig beschneiden wird.

Für das kommende Jahr rechnen fast alle Bereiche mit einer Abschwächung. Vor allem die konsumnahen Branchen und die Bauwirtschaft müssen rezessive Einbrüche befürchten, während die Haupttriebkraft der Belebung, der Export, an Zugkraft einbüßen wird. Vor diesem Hintergrund ist es nicht auszuschließen, daß schon im kommenden Jahr rezessive Tendenzen die Oberhand gewinnen werden.

1.3 Geld- und Kapitalmarkt

Die Unsicherheit, die der konjunkturellen Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft anhaftet, läßt den Geld- und Kapitalmarkt nicht unberührt. Die Kredite an Unternehmen und Private, die bis zum 1. Quartal dieses Jahres beschleunigt expandiert haben, zeigen danach eine gedämpfte Entwicklung. Innerhalb der privaten Nachfrage kommt es zu einer Umdisponierung zwischen kurzfristigen und längerfristigen Krediten zugunsten ersterer; das beruht auch darauf, daß die Unternehmen über ein dickes Finanzierungspotential verfügen. Im ersten Halbjahr war die Eigenfinanzierungsquote in Prozent der Bruttoinvestitionen mit 94 Prozent genau so hoch wie die im ersten Halbjahr 1983. (Vgl. Abschnitt 1.4)

Im Zeitraum Januar-September sind die Kredite an öffentliche Haushalte merklich niedriger gewesen als 1983 - eine Entwicklung, die auch von dem Kapitalmarkt bestätigt wird. Insgesamt war die öffentliche Neuverschuldung im ersten Halbjahr um 5 Milliarden niedriger als in der ersten Hälfte des Vorjahres.

Auch wenn die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten keine steigende Tendenz mehr aufweist, so bleibt sie 1984 weiterhin hoch, was auf die verbesserte Wirtschaftskonjunktur im Vergleich zu 1981-82 zurückzuführen ist.

Auf dem Kapitalmarkt war das Volumen der Neuausgabe an festverzinslichen Wertpapieren zwischen Januar und September zwar genauso groß wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, aber

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1983	1984	1983	1984	1984	1984
	Dez.	Sept. ²	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj. ²
	Milliarden DM					
Kredite an						
inländische						
Nichtbanken	1825,8	1883,5	6,6	6,1	5,8	6,2
- Unternehmen						
u. Private	1380,5	1435,4	7,1	7,8	7,3	7,1
- Öffentliche						
Haushalte	445,3	448,1	5,0	1,0	1,4	3,2
Netto-Auslands-						
forderungen	119,5	116,1	5,1	6,3	9,5	6,3
Geldkapitalbildung						
bei den						
Kreditinstituten ¹	1070,5	1134,4	7,5	8,4	7,8	7,9
darunter:						
Spareinlagen						
und -briefe	324,7	331,0	4,0	6,2	6,2	7,6
Geldvolumen(M ₃)	874,8	865,2	5,3	3,2	3,8	4,0

¹ Einschließlich „Zentralbankanlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“

² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

das war das Resultat eines Absatzzückganges inländischer Rentenwerte und einer starken Zunahme der Anlagen in ausländischen Wertpapieren, die von 1983 knapp 4 Milliarden auf fast 10 Milliarden gestiegen sind.

Der Nettoabsatz von Industrieobligationen, der im 1. Quartal nach zwölf Jahren zum ersten Mal wieder positiv war, wurde im 2. und 3. Vierteljahr erneut negativ. Auf der Erwerbsseite ist seit zwei Jahren eine bemerkenswerte Steigerung der Käufe durch Ausländer zu verzeichnen: war das Verhalten der ausländischen Investoren jahrelang sehr zurückhaltend, so kauften sie 1983 Rentenwerte für 10,8 Milliarden und im Zeitraum Januar-September 1984 für etwa 6 Milliarden.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1983	1984		
		1. HJ.	3. Vj.	1. HJ.	3. Vj. ¹
Anleihen der					
öffent-					
lichen Hand	34 393	13 742	8 998	18 647	8 965
Kommunal-					
obligationen	28 312	17 130	5 061	3 315	7 850
Sonstige					
Bankschuld-					
verschrei-					
bungen	23 416	15 692	1 897	12 561	4 339
Industrie-					
obligationen	- 594	- 381	- 95	- 258	- 400
Ausländische					
Rentenwerte	5 734	3 672	121	4 478	5 000
Absatz =					
Erwerb					
insgesamt	91 270	49 855	15 982	39 259	25 750
darunter:					
Kreditinstitute	35 208	25 463	610	- 1 582	13 757
Inländische					
Nichtbanken	42 879	20 862	9 586	37 980	12 512

¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Am Aktienmarkt stagniert der Absatz inländischer Dividendenwerte, obwohl die ausländischen Interessenten ihre Anlagebereitschaft stark ausgedehnt haben.

Der Sekundärmarkt, d. h. der Handel mit „alten“ Wertpapieren, ist durch einen regen Handel mit Aktien gekennzeichnet: sogar unter Ausklammerung des Kursgewinns haben sich die Börsenumsätze von inländischen Dividendenwerten zwischen 1982 und 1983 fast verdoppelt; ein ähnlicher Verlauf ist in diesem Jahre zu

beobachten. Es scheint, daß sich die unternehmerfreundliche Haltung der konservativen Regierung auf die Bereitschaft des breiten Publikums, sich an der Aktienbörse zu engagieren, günstig auswirkt.

Bei den Kapitalanlagegesellschaften hat sich die Kauflust fast ausschließlich auf die Rentenfonds konzentriert: hier war das Mittelaufkommen zwischen Januar und September d. J. mit 2,3 Milliarden höher als im gesamten Vorjahr, während die Anlagen in offenen Immobilienfonds erheblich nachgelassen haben und bei den Aktienfonds wieder ein Nettoverkauf von Investmentzertifikaten in Höhe von etwa 1 Milliarde zu registrieren war.

Die Diskonterhöhung vom Juni 1984 hatte den leichten Rückgang der Nominalzinsen zunächst beendet. Inzwischen tendieren sie aber wieder nach unten, die Renditen auf Anleihen der öffentlichen Hand sind inzwischen gut ein Prozent niedriger als am Jahresanfang. Die Aktienkurse gingen zwischen März und August zurück; in den letzten Monaten zeigen sie wieder eine Aufwärtstendenz, auch wenn sie den Jahreshöchststand noch nicht wieder erreicht haben.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrent-	Renditen von Anleihen	Index der
	kredite ¹	der öffentl. Hand	Aktienkurse
	in %		30. 12. 1980 = 100
1983			
1. Vj.	9,35	7,5	117,3
2. Vj.	8,31	7,7	136,8
3. Vj.	8,25	8,2	139,4
4. Vj.	8,24	8,1	147,4
1984			
1. Vj.	8,25	8,0	153,8
2. Vj.	8,27	8,0	150,9
3. Vj.	8,33	7,9	148,5

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM
² Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Da die bürgerlichen Kommentatoren von der Bedeutung der Aktienkurse für die Wirtschaftsentwicklung fest überzeugt sind, greifen sie auf die kühnsten Hypothesen zurück, um den widersprüchlichen Verlauf der Aktiennotierungen zu erklären. Sie sollten lieber den guten Rat eines international anerkannten Börsianers wie André Kostolany beherzigen, der erklärt: „Die Spekulanten sehen in jedem Börsenkurs nur das Spiegelbild internationaler, politischer oder finanzieller Ereignisse. Sie lassen es sich nicht nehmen, politische und wirtschaftliche Prognosen zu stellen, indem sie sich ausschließlich auf die Börsentendenz stützen. Für sie ist die **Börse** nicht etwa ein Thermometer, wie es viele Volkswirte behaupten, sondern sogar ein **Barometer**, das die zukünftige Wettertendenz in Wirtschaft und Politik voraussagt. Aber ich habe es in diesem Buch an mehreren Stellen bewiesen, wie oft sie sich dabei irren.“ (**Wunderland von Geld und Börse**, Seewald Verlag, Stuttgart, 1983, S. 302.)

1.4 Investitionen

Die Investitionstätigkeit in der Gesamtwirtschaft hat weiter zugenommen, allerdings in einem Ausmaß, das für eine Belebungphase als ungewöhnlich niedrig angesehen werden muß. Ein sich „selbsttragender Aufschwung“ zeichnet sich nach dem „normalen“ Verlaufsmuster durch einen raschen Aufschwung der Investitionen, insbesondere der Erweiterungsinvestitionen, aus. Dieses Muster ist in der laufenden Belebungphase noch stärker gestört als in der Periode zwischen 1976 und 1979.

Die Ziffern für die Ausrüstungsinvestitionen (also Maschinen und Anlagen) spiegeln deutlich die Wirkung der Investitionsprämie wider: 1983 wurden geplante Investitionen vorgezogen, während 1984 die Investitionstätigkeit nahezu stagnierte. Für 1985 wird eine Fortsetzung des Trends von 1983 erhofft. Dagegen werden die Bauinvestitionen - vor allem Wohnbauten - 1985 zurückgehen; dies läßt sich heute aus den Auftragseingängen ablesen, die

Gesamtwirtschaftliche Investitionen

	1983		1984 ³		1985 ³	
	Mrd. DM ¹	% ²	Mrd. DM ¹	% ²	Mrd. DM ¹	% ²
Ausrüstungen	138	+6,1	143	+1,0	153	+5,0
Bauten	209	+0,9	221	+3,5	225	-0,5
darunter:						
Wohnbauten	106	+4,7	-	-	-	-
Anlageinvestitionen						
insges.	347	+3,1	364	+2,5	378	+2,0

1 In laufenden Preisen
2 Real, in Prozent gegenüber dem Vorjahr
3 Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 43/84, S. 532)

in der Bauwirtschaft einen Vorlauf von 12 bis 18 Monaten vor der Fertigstellung haben.

Ob die Ausrüstungsinvestitionen in der nächsten Zeit wieder deutlicher expandieren werden – wie die Prognosen voraussetzen – ist durchaus unsicher. Die jüngsten Daten über die Entwicklung der Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie deuten kaum noch auf eine Verbesserung des Auslastungsgrades hin, der mit 82 Prozent immer noch außerordentlich niedrig ist.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juni	September	Dezember
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1980	85,3	83,2	81,4	79,6
1981	79,2	78,8	79,0	78,9
1982	78,0	77,1	74,9	75,5
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	80,9	76,2 ²	82,2	

1 In % der betrieblichen Vollaustausung
2 Verzerrung durch Arbeitskampf
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/84, S. 2)

Vor allem bei den Konsumgütern läßt sich keinerlei Steigerung mehr feststellen: mit 84,4 Prozent ist der Auslastungsgrad zwar noch leicht höher als im März 1984, vor dem Beginn der Arbeitskämpfe (83,8 Prozent) – dabei ist aber zu berücksichtigen, daß im September immer noch Auswirkungen der „Nachholjagd“ insbesondere in der Automobilindustrie zu verzeichnen waren. Bei den Verbrauchsgütern, also bei den nicht-langlebigen Konsumgütern, ist der Auslastungsgrad sogar niedriger als im März.

1.5 Außenwirtschaft

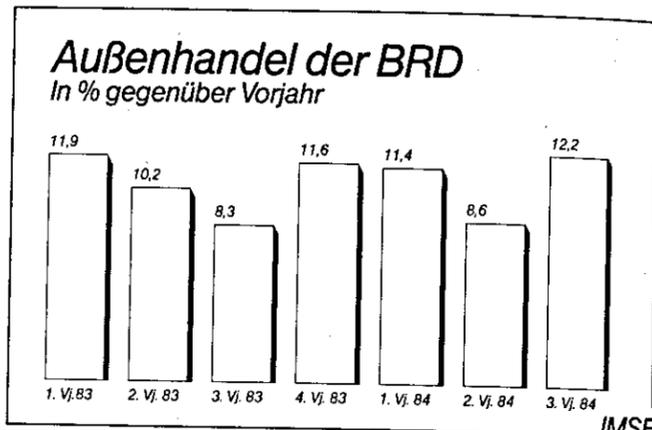
Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland hat sich auch 1984 weiter außerordentlich günstig entwickelt. Während der Welthandel nominal um etwa zehn Prozent zunahm, erhöhten sich die Ausfuhren von Waren der BRD in den ersten neun Monaten von 1984 um etwa 12 Prozent.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 83	105,6	- 1,9	93,7	- 2,9	+11,9	+ 7,2
2. Vj. 83	106,0	- 2,1	95,9	+ 0,8	+10,2	-22,7
3. Vj. 83	103,4	+ 2,0	95,1	+ 5,9	+ 8,3	-28,4
4. Vj. 83	117,2	+ 6,1	105,6	+10,8	+11,6	-23,7
1. Vj. 84	120,1	+13,7	108,7	+16,0	+11,4	- 4,2
2. Vj. 84	115,1	+ 8,6	106,5	+11,1	+ 8,6	-15,7
3. Vj. 84	118,1	+14,2	105,9	+11,4	+12,2	+47,0

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

Der Überschuß im Warenhandel stieg gegenüber dem ohnehin schon hohen Vorjahreswert noch etwas an, er lag in diesem Zeitraum bei mehr als 32 Milliarden DM. Etwa zehn Milliarden davon wurden im Handel mit Nordamerika erwirtschaftet. Inzwi-



schen liegt der Anteil von USA und Kanada an den Exporten der BRD bei etwa 11 Prozent. Die günstige Exportentwicklung hängt also zu einem erheblichen Teil am florierenden Nordamerika-handel.

Angesichts der Tatsache, daß sich global die Ausdehnung des Welthandels abschwächt – für 1985 wird eine Zunahme um vier Prozent erwartet – und zudem die Konjunktur in den USA sich einschneidend verlangsamt hat, ergeben sich für die Zukunft weniger günstige Perspektiven im Außenhandel.

Wichtig für die internationale Konkurrenzposition der Bundesrepublik auch beim Warenhandel ist die Konstellation beim Kapital-export. Einen unmittelbaren Bezug zum Warenhandel haben dabei die Direktinvestitionen vor allem in die entwickelten kapitalistischen Ländern. Hier hat sich im ersten Halbjahr 1984 ein kräftiger Sprung nach oben vollzogen: es wurden netto, d. h. nach Abzug von Rückflüssen, etwa fünf Milliarden DM außerhalb der Grenzen angelegt, gegenüber drei Milliarden im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei ist allerdings zu beachten, daß 1983 das Ergebnis durch die Auflösung der Kapitalverbindung Hoesch-Hoogovens (Rückfluß) gedrückt worden war.

2 Unternehmergewinne und Konzentration

2.1 Unternehmergewinne

Der Anstieg der Unternehmergewinne hat sich trotz der vorübergehenden negativen Auswirkungen der Arbeitskämpfe weiter fortgesetzt, der Gewinnboom, der noch im Krisenjahr 1982 eingesetzt hatte, geht also ins dritte Jahr.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen¹

	Brutto	Netto	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ²
1978	+ 10,8	+ 14,8	+ 5,2
1979	+ 7,5	+ 9,5	+ 10,9
1980	- 0,9	+ 0,5	+ 8,5
1981	- 0,1	+ 1,0	+ 10,0
1982	+ 6,1	+ 6,4	+ 3,8
1983	+ 11,2	+ 12,9	+ 5,4
1984 ³	+ 7,0	+ 7,5	+ 9,0
1985 ³	+ 6,0	+ 7,0	+ 6,5

1 Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
2 1978 bis 1983 nur Private Haushalte
3 Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/1984, S. 744; DIW-Wochenbericht 43/84, S. 533)

Nach Schätzung des Herbstgutachtens werden die „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ 1985 mit 343 Milliarden DM um etwa 120 Milliarden DM höher als 1978 liegen, ein Anstieg um etwa 55 Prozent. Im gleichen Zeitraum wird sich demnach die Netto-lohn- und gehaltssumme um etwa 110 Milliarden erhöht haben, also um gut ein Viertel.

Einschneidender sind die Gewinnssprünge bei den großen Aktiengesellschaften. Die Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung (Degab) errechnet für 125 Gesellschaften eine Steigerung der Gewinne um durchschnittlich 12,5 Prozent im laufenden Jahr. Auch für das kommende Jahr ist der Trend aufwärts gerichtet: die Frankfurter BHF-Bank prognostiziert für 1985 weiter Gewinnsteigerungen um durchschnittlich sieben Prozent bei den Aktiengesellschaften.

Noch krasser fallen die Gewinnssprünge bei den allergrößten Konzernen aus.

Die zehn gewinnstärksten Konzerne

	Jahresüberschuß in Millionen DM 1982	1983
Daimler-Benz	921	988
Siemens	738	802
Bayer	64	754
IBM Deutschland	646	681
BASF	369	560
Hoechst	274	493
RWE	496	484
Veba	433	472
Ruhrgas	295	352
Deutsche Shell	124	344

(Quelle: Handelsblatt v. 17. 10. 1984)

Diese zehn großen Gesellschaften erhöhten 1983 ihre ausgewiesenen Jahresüberschüsse (nach Steuern) um 36 Prozent auf 4360 Millionen DM.

Die außerordentlich günstigen Gewinnprognosen für 1984 und 1985 machen deutlich, daß weder die Arbeitskämpfe noch die abgeschlossenen Tarifverträge die Unternehmen in die geringsten Schwierigkeiten gebracht haben.

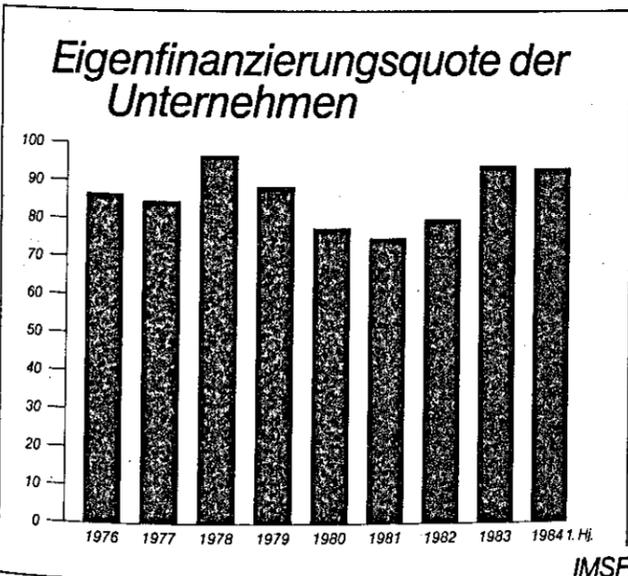
Die günstige Gewinnlage der Unternehmen hat dazu geführt, daß die Geldvermögensbildung, vor allem die Anlage von Geldern in Wertpapieren, deutlich zunahm, während die Aufnahme insbesondere langfristiger Fremdmittel zurückging.

Dagegen erhöhte sich die Investitionstätigkeit selbst nicht entsprechend, was in einer gestiegenen Eigenfinanzierungsquote seinen Ausdruck findet.

Eigenfinanzierungsquote der Unternehmen¹

	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984 ²
	86,7	84,9	96,9	88,8	77,9	75,1	80,1	94,1	93,9

1 Unternehmen ohne Wohnungsvermietung und finanzielle Institutionen, Eigenmittel in Prozent der Bruttoinvestitionen (Bruttoanlageinvestitionen plus Lagerinvestitionen)
2 1. Halbjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktoberhefte, lfd.)



Mit 93,9 Prozent ist der Anteil der selbsterwirtschafteten Mittel an den gesamten Bruttoinvestitionen zwar niedriger als im ersten Halbjahr 1983 (damals lag die Quote bei 102,7 Prozent); dies ist aber nur auf die unfreiwillige Ausdehnung der Lagerbildung zurückzuführen, die in der oben dargestellten Statistik der Deutschen Bundesbank zu den Bruttoinvestitionen gezählt wird. Bezieht man die eigenen Mittel dagegen nur auf die Bruttoanlageinvestitionen (also ohne Lagerbildung), so erreichte die so berechnete Eigenfinanzierungsquote im ersten Halbjahr 1984 mit 107,9 Prozent einen neuen Rekord (1. Hj. 1983: 105,7 Prozent).

Es zeigt sich, daß die Investitionen in fixes Kapital zu mehr als hundert Prozent aus den selbsterwirtschafteten Mitteln der Unternehmen finanziert werden können.

2.2 Konzentration

Der Konzentrationsprozess in der Wirtschaft der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren weiter fortgesetzt, anderslautende Einschätzungen von konservativer Seite hat die Monopolkommission in ihrem unlängst veröffentlichten fünften Hauptgutachten detailliert widerlegt.

Ein Konzentrationkoeffizient, der den Umsatzanteil der zehn größten Unternehmen am Umsatz ihrer jeweiligen Branche mißt, zeigt einen deutlich ansteigenden Trend seit Anbeginn der Bundesrepublik.

Umsatzanteile der zehn größten Unternehmen in den Branchen des verarbeitenden Gewerbes¹

	1954 ²	1960 ²	1968	1970	1973	1975	1977	1979	1981
	31,1	33,5	38,5	40,9	41,8	42,3	43,9	43,6	43,9

1 Ungewogene Durchschnittswerte, in Prozent
2 Mit den folgenden Jahren nicht voll vergleichbar
(Quelle: Monopolkommission, Hauptgutachten V, S. 367)

Am höchsten sind die durchschnittlichen Konzentrationgrade in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien, relativ niedrig aber bleiben sie in den meisten Konsumgüterbereichen.

Konzentrationsgrad in wichtigen Branchen des verarbeitenden Gewerbes 1981

	Umsatzanteile der zehn größten Unternehmen in Prozent des Branchenumsatzes
Bergbau	94,0
Mineralölverarbeitung	93,6
Büromaschinen/ADV-Geräte	91,4
Eisenschaffende Industrie	77,2
Straßenfahrzeugbau	72,7
Elektrotechnik	48,0
Chemische Industrie	47,0
Feinmechanik/Optik	33,2
Steine und Erden	17,0
Maschinenbau	15,0
Ziehereien/Kaltwalzwerke	14,2
Ernährungsgewerbe	11,3
Textilgewerbe	10,4
Bekleidungsgewerbe	10,0

(Quelle: Monopolkommission, Hauptgutachten V, S. 367)

Dabei ist einschränkend anzumerken, daß die Abgrenzung der Branchen die Konzentrationsgrade unterzeichnet. So teilt die amtliche Statistik den Markt für Maschinenbauerzeugnisse in 41 Einzelmärkte (d. h. Produktgruppen) auf. Der vergleichbare Konzentrationsgrad (Anteil der zehn größten Unternehmen am Umsatz) schwankt dabei zwischen 17,8 Prozent bei „Maschinen- und Präzisionswerkzeugen für die Metallbearbeitung“ und 98 Prozent bei „Dampfturbinen“. Der Konzentrationsgrad der Gesamtbranche (15 Prozent) wird also auf keinem einzigen Einzelmärkte unterschritten. Auf 19 der 41 Einzelmärkte liegt er sogar über 50 Prozent. Der aus der obigen Tabelle abzulesende Tatbestand, daß der Maschinenbau eine relativ niedrig konzentrierte Branche, also ein Bereich mit großem Wettbewerb sei, muß bei genauerer Betrachtung stark relativiert werden.

In der aktuellen Entwicklung der letzten Monate fällt der starke Anstieg der Insolvenzziffern ins Auge. Gab es 1983 einen leichten Rückgang der Unternehmenszusammenbrüche und Konkurse, so ist seit dem Frühjahr 1984 wieder ein deutlicher Anstieg zu registrieren. Für das Jahr 1984 wird mit einer Gesamtinsolvenzzahl von etwa 16 500 gerechnet (Wirtschaftsauskunft-Schimmelpfeng). Im Jahre 1983 waren 16 114 Insolvenzen registriert worden. Eine Zunahme ist in allen wichtigen Bereichen zu verzeichnen, allerdings liegt die Bauwirtschaft an der Spitze. Allein im August wurden 213 Baupleiten gezählt, 11,5 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Die Gesamtinsolvenzzahl lag im 3. Quartal 1984 um 9,3 Prozent über dem Vorjahresstand.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Verbesserungen bei den tariflichen Einkommen lagen in den letzten Monaten mit Ausnahme des wichtigen Metallbereichs bei oder leicht über drei Prozent.

1985 werden die Tarifeinkommen also wieder etwas rascher ansteigen als im bisherigen Verlauf von 1984.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1983				1984		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
+3,8	+3,2	+3,0	+3,0	+2,7	+2,5	+2,5

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Erstmals seit 1979 werden im laufenden Jahr die Realeinkommen je Beschäftigten nicht mehr weiter zurückgehen. Wegen des Beschäftigungsabbaus wird die Kaufkraft der Summe der Löhne und Gehälter zwar wiederum niedriger sein als im Vorjahr, die Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten aber werden etwa im gleichen Umfang ansteigen wie die Verbraucherpreise.

Reallohnentwicklung¹

	1982	1983	1984 ²	1985 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+2,1	+1,4	+3,5	+3,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+0,9	+0,4	+2,0	+3,0
Je Beschäftigten	+2,9	+2,3	+2,5	+3,0
Inflationsrate	+5,3	+3,3	+2,5	+2,0
Realeinkommen je Beschäftigten	-2,4	-1,0	0,0	+1,0

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43/84, S. 533)

Die Schätzung für das zweite Halbjahr 1984 und die Prognose für 1985 sind natürlich mit erheblichen Unsicherheiten belastet. So rechnet das „Herbstgutachten“ mit einer weiteren leichten Verlangsamung des Preisanstiegs, auch ist in der Prognose die unlängst von den Krankenkassen angekündigte Beitragserhöhung ab 1985 noch nicht berücksichtigt.

Im ersten Halbjahr 1984 jedenfalls waren die Realeinkommen je Beschäftigten noch um ein knappes Prozent niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit, was natürlich auch mit den Lohnausfällen infolge der Arbeitskämpfe zusammenhängt. Im zweiten Halbjahr wurde durch Mehrarbeit und Sonderschichten teilweise wieder aufgeholt.

Andererseits schlägt sich zum Jahresende die erstmals 1984 wirksame Erweiterung der Sozialabgabepflicht für Jahresabschlusszahlungen deutlich nieder. Gerade Einkommensbezieher aus den mittleren Gruppen mit Monatseinkommen um 3000 DM brutto werden bei Auszahlung eines vollen 13. Monatsgehalts etwa 250 DM weniger erhalten als im Vorjahr.

Aber auch bei einer Stagnation oder selbst bei einer leichten Zunahme der Realeinkommen je Beschäftigten werden die Maseneinkommen, die entscheidend die Private Nachfrage bestimmen, 1984 real weiter zurückgehen, 1985 voraussichtlich stagnieren.

Masseneinkommen¹

	In Mrd. DM	Veränderung in Prozent	
		nominal	real
1979	689	+7,2	+3,0
1980	735	+6,7	+1,3
1981	771	+4,9	-1,4
1982	791	+2,6	-2,7
1983	800	+1,1	-2,2
1984 ²	814	+1,8	-1,2
1985 ²	835	+2,6	+0,6

¹ Nettolohn- und -gehaltssumme plus Sozialeinkommen
² Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/84, S. 748; DIW-Wochenbericht 43/84, S. 733)

Der nominale Anstieg der „Sozialeinkommen“ erreichte mit etwa einem Prozent 1984 einen historisch niedrigen Wert, real sanken sie um etwa einhalb Prozent. Dies muß vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit und wachsender sozialer Probleme gesehen werden. Die Auswirkungen der „Sparoperationen“ der vergangenen Jahre werden also erst jetzt voll spürbar, die Rechtsregierung erntet dabei zu einem erheblichen Teil auch die „Früchte“ der Kürzungsmaßnahmen durch die vorangegangenen Regierungen.

3.2 Steuern

In den vergangenen Jahren ist die relative Steuerbelastung bei den Selbständigen („Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“) ständig gesunken. Bei den Löhnen und Gehältern ist sie dagegen ebenso ständig angestiegen. Die Bundesregierung, die die Senkung der „leistungshemmenden“ Besteuerung auf ihre Fahnen geschrieben hat, kündigt mit der in zwei Etappen, 1986 und 1988, geplanten Steuerreform eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer an.

Wie der jüngste Referentenentwurf deutlich macht, ist damit aber nur eine nennenswerte Entlastung bei den oberen Einkommenschichten verbunden.

Entlastungseffekt der Steuerreform in DM/Jahr¹

	Bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von			
	30 000	40 000	50 000	70 000
Lediger	424	1085	1881	3410
Verheiratet, zwei Kinder	738	786	1120	2378

¹ Jährliche Minderbelastung gegenüber der gegenwärtigen Regelung, 1988
(Quelle: Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen, lt. Handelsblatt v. 31. 10. 1984)

Der Entlastungseffekt der geplanten Steuerreform, die eine Gesamtwirkung von 20 Milliarden DM im Jahr (ab 1988) haben soll, steigt absolut und relativ bei steigenden Einkommen. Dabei ist zu beachten, daß das zu versteuernde Einkommen niedriger ist als das Bruttoeinkommen – ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von etwa 30 000 DM entspricht in etwa den Durchschnittseinkommen eines Industriearbeiters.

Auch die angebliche „Familienfreundlichkeit“ der Reform steht nur auf dem Papier: während eine vierköpfige Familie mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen um 30 000 DM eine Ersparnis von 738 DM im Jahr verzeichnet, mindert sich die Steuerlast des ledigen Spitzenverdieners um 3410 DM.

Bei dieser Reform findet also an allererster Stelle eine Umverteilung hin zu den oberen Einkommenschichten statt, wobei die Selbständigen mit ihren hohen Einkommen besonders begünstigt sind. Wird zudem in Rechnung gestellt, daß aller Voraussicht nach zur „Finanzierung“ dieser Reform indirekte Steuern erhöht und/oder Sozialleistungen gekürzt werden, so gehen die unteren und mittleren Einkommenschichten aus dieser „Reform“ absolut schlechter gestellt hervor.

3.3 Preise

Die Verbraucherpreise sind in den letzten Monaten nur noch sehr langsam angestiegen. Im September wurde mit einer „Inflationsrate“ von 1,5 Prozent im Jahresvergleich sogar der niedrigste Wert seit 15 Jahren erreicht.

Die extrem niedrigen August- und Septemberzahlen sind allerdings einem rein statistischen Effekt, dem Basiseffekt, zu verdanken: im Vorjahr waren die Preise in diesen Monaten besonders stark angehoben worden als Folge der Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte.

Lebenshaltung 1984¹

	Veränderung in % gegenüber Vormonat		Veränderung in % gegenüber Vorjahr	
Januar	+0,4	+2,7		
Februar	+0,3	+2,9		
März	+0,1	+3,1		
April	+0,2	+3,0		
Mai	+0,1	+2,8		
Juni	+0,3	+2,8		
Juli	-0,2	+2,2		
August	-0,2	+1,7		
September	+0,1	+1,5		
Oktober	+0,6	+2,1		

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.)

Ein Blick auf die industriellen Erzeugerpreise zeigt, daß die Inflationsverlangsamung nicht alle Ebenen betrifft: es sind vor allem die niedrigen Lebensmittelpreise und die gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderten Preise für Strom und Gas, die den Anstieg der Verbraucherpreise gedämpft haben. Zudem ist anzumerken, daß die seit Jahren ungünstigen Absatzverhältnisse im Einzelhandel ebenfalls auf das Verbraucherpreisniveau drücken: seit 1980 stagnieren die realen Einzelhandelsumsätze bzw. sind rückläufig.

Ausgewählte Preisindizes 1984

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise	Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)		(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+0,6	+2,3	-1,3	+1,4	+5,8	+0,7	+3,4
Februar	+0,2	+2,6	+2,3	-0,7	+5,5	+0,7	+4,9
März	+0,2	+3,1	+3,8	-0,7	+6,1	-0,1	+5,4
April	+0,4	+3,1	+3,8	+0,6	+6,6	+0,4	+4,9
Mai	+0,2	+3,2	+1,9	+1,6	+7,9	-0,2	+4,1
Juni	+0,1	+3,0	+3,2	-0,2	+6,6	+0,8	+4,2
Juli	+0,3	+3,2	+1,4	+0,3	+6,1	-0,9	+3,8
August	0,0	+2,6	-1,4	+0,6	+4,7	-1,3	+1,6
Sept.	+0,3	+2,7	-2,6	+1,2	+5,4		

(1) In % gegenüber dem Vormonat
(2) In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Ein wichtiger Faktor der nicht nur in der BRD, sondern auch international relativ gemäßigten inflationären Entwicklung, ist das niedrige Rohstoffpreisniveau. Für die Bundesrepublik wird dadurch der preistreibende Effekt des hohen Dollarkurses neutralisiert.

Im Oktober lagen die Rohstoffpreise ohne Energierohstoffe um sieben Prozent unter dem Vorjahresstand, einschließlich Energierohstoffe um zwei Prozent. Zwischen 1975 und Ende 1984 sind die Rohstoffpreise (ohne Energie) nur um etwa 20 Prozent angestiegen. In der gleichen Zeit sind die industriellen Erzeugerpreise der kapitalistischen Länder um knapp 100 Prozent gestiegen, haben sich also verdoppelt. Selbst wenn man die Energierohstoffe einbezieht, sind die industriellen Erzeugerpreise zwischen 1975 und 1984 nur wenig langsamer gestiegen als die Rohstoffpreise. Es ist also keineswegs so, daß die Anhebung der Rohölpreise in den Siebziger Jahren eine grundlegende Veränderung der Preisrelationen zwischen Rohstoffen und Industriewaren eingeleitet hat: lediglich einige wenige Erdölexportierende Länder haben davon profitiert.

Für die Bundesrepublik haben sich die Importpreise für Rohstoffe auf DM-Basis seit 1972, also dem Zeitpunkt vor der ersten Rohölpreiserhöhung, bis Ende 1984 um 110 Prozent erhöht. Die industriellen Erzeugerpreise sind im gleichen Zeitraum um 80 Prozent gestiegen. Von einer „Preisrevolution“ bei Rohstoffen, von einer grundlegenden Verschiebung der Preisrelationen zwischen Rohstoffpreisen und Industriepreisen, kann also auch hier keine Rede sein.

3.4 Sozialabbau

Obwohl in diesem Jahr keine spektakulären neuen „Sparoperationen“ verkündet wurden, geht der Sozialabbau insgesamt weiter, wenn auch neue Akzente sichtbar sind.

Nach wie vor sind rein quantitative Verschlechterungen von großer Bedeutung. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Beschlüsse der letzten Jahre erst jetzt voll wirksam werden. Das „Haushaltsbegleitgesetz 1984“ vom vergangenen Jahr führt 1984 zu sozialen Einschränkungen im Umfang von 11,5 Milliarden DM, 1985 werden die Beschränkungen auf 14,2 Milliarden DM anwachsen.

Der Bereich der Bundesanstalt für Arbeit (BA) stand in den letzten Jahren im Mittelpunkt der Rotstiftoperationen. Erst im Januar 1984 waren die Unterstützungssätze für kinderlose Arbeitslose gekürzt worden. Inzwischen erwirtschaftet die BA einen Überschuß, trotz steigender Arbeitslosigkeit wird ein Bundeszuschuß nicht mehr benötigt. Für 1985 wurde beschlossen, die Höchstbezugszeit für Arbeitslosengeld von 12 auf 18 Monate zu verlängern. Begünstigt sind allerdings nur Arbeitslose über 50 Jahre, die sechs Jahre Beiträge gezahlt haben. Diese Maßnahme stellt in erster Linie eine Entlastung des Bundeshaushalts dar, der die Arbeitslosenhilfe finanziert. Gleichzeitig wurde die Sperrfrist für Arbeitslose, die ihren Arbeitsplatz durch „eigenes Verschulden“ verloren haben, verlängert.

Größtes „Problemkind“ ist derzeit die Rentenversicherung. Für 1985 steht hier eine Erhöhung des Beitragssatzes von 18,5 auf 18,7 Prozent an, während gleichzeitig der Beitragssatz der BA von 4,6 auf 4,4 Prozent gesenkt wird. Wieder einmal werden die Sozialversicherungen als finanzpolitischer „Verschiebehahn“ benutzt: die Finanzierungsprobleme bei den Renten wurden vorher durch eine Kürzung der Beiträge für Arbeitslose, die von der BA zu entrichten sind, miterzeugt.

Die Renten selbst werden Mitte 1985 gerade noch um nominal 1,3 Prozent erhöht (nach Abzug des um zwei Prozent steigenden Rentnerbeitrags zur Krankenversicherung).

Immerhin soll in Zukunft ein „Erziehungsjahr“ in der Rentenversicherung eingeführt werden, das Müttern ab Jahrgang 1920 bei der Rentenberechnung angerechnet wird. Es kommt allerdings nur nichterwerbstätigen Müttern zugute, die Ansprüche erwerbstätiger Mütter werden wegen der niedrigen Anrechnungsgrenze in der Regel nicht verbessert werden. Die geplante Gleichstellung von Witwen und Witwern ist „aufkommensneutral“, führt also zu keiner Besserstellung.

Die Krankenversicherungen haben für die nächsten Monate umfangreiche Beitragserhöhungen angekündigt, die in ihrer Mehrheit zwischen 0,5 und 1 Prozent liegen. Darüber hinaus bemüht sich die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“ um eine Einschränkung der angeblichen „Übersversorgung“: vor allem durch eine Reform des Krankenhausfinanzierungsgesetzes sollen die Krankenhäuser zu „wirtschaftlichem“ Verhalten ange-regt werden.

Schließlich ist daran zu erinnern, daß die Beiträge zur Sozialversicherung schon im laufenden Jahr 1984 angehoben worden sind: erstmals zum Jahresende wird die faktische Einbeziehung der Einmalzahlungen (vor allem Weihnachtsgeld) in die Sozialabgabepflicht wirksam.

Insgesamt fällt bei diesen Maßnahmen auf, daß von einer Senkung der „Lohnnebenkosten“ durch Entlastung bei den Sozialabgaben – dies hatte die CDU vorher immer als ihr Ziel verkündet – keine Rede sein kann.

Die neuen Akzente der Sozialpolitik wurden vor allem in Blüms Entwurf für ein **Beschäftigungsförderungsgesetz** sichtbar.

Hauptmerkmale des Entwurfs sind:

- Zulassung befristeter Arbeitsverträge
- Verminderung des Kündigungsschutzes in Kleinbetrieben
- Verschlechterung der Sozialplanregelung im Betriebsverfassungsgesetz
- Zulassung privater Ausbildungsstellenvermittlung
- Ausdehnung der Fristen für „Leiharbeit“ von drei auf sechs Monate.

In eine ähnliche Richtung zielt der Entwurf des Bundeskabinetts für ein **Arbeitszeitgesetz**. Zahlreiche Schutzbestimmungen für Frauenbeschäftigung, die angeblich veraltet seien, werden dadurch abgeschafft.

Auch das **Schwerbehindertengesetz** soll erneut geändert werden. Vorgesehen ist von Blüm eine Kürzung des Zusatzurlaubs von sechs auf fünf Tage und die volle Anrechnung auf Kuren. Bei der Berechnung der Zahl der Pflichtarbeitsplätze für Schwerbehinderte, die die Betriebe anzubieten haben, sollen die Auszubildenden nicht mehr mitgezählt werden. Dies würde die Zahl der Behindertenarbeitsplätze um rechnerisch 60 000 bis 70 000 reduzieren. Die Anhebung des „Strafgeldes“ für Nichterfüllung dieser Auflage von 100 auf 150 DM im Jahr (die Ausgleichsabgabe von 100 DM gilt seit 1974) dürfte kaum eine Verstärkung des Zwangs zur Einrichtung von Behindertenarbeitsplätzen beinhalten.

Die neuen Akzente in der Sozialpolitik der Rechtsregierung sind vor allem in jenen Momenten zu sehen, die auf eine Auflösung oder Durchlöcherung kollektivvertraglicher und sozialer Schutzbestimmungen abzielen.

3.5 Tarifabschlüsse

Das dritte Quartal 1984 war nach den Arbeitskämpfen in der Druck- und Metallindustrie durch Abschlüsse zu Lohn- und Arbeitszeitregelungen in kleineren Betrieben geprägt. Erst im November kam es zum Tarifabschluß im öffentlichen Dienst sowie bei Post und Bahn.

In der Eisen- und Stahlindustrie wurde das Abkommen über eine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Wochenstunden in Form einer Freischichtenregelung im September auch für das Stahlwerk Peine-Salzgitter und das Saarland – dort mit verzögerter Inkraftsetzung – übernommen. Die IG Bergbau und Energie konnte im Bereich der Erdöl- und Erdgasgewinnung eine Vorruhestandsregelung (ab 58 Lebensjahre) und die IG Chemie-Papier-Keramik für die Papiererzeugende Industrie zusätzlich noch eine Wochenarbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden für Beschäftigte ab dem 55. Lebensjahr abschließen.

Nach Angaben des WSI des DGB betragen die durchschnittlichen Erhöhungssätze der neu abgeschlossenen Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge 3,3 Prozent. (Vgl. WSI-Mitteilungen 9/84, S. 525)

Von zentraler Bedeutung ist der Ausgang der Tarifaueinanderstellungen im öffentlichen Dienst. ÖTV, DPG und GdED hatten eine Einkommensverbesserung um 5 Prozent, mindestens aber monatlich 110 DM mehr, sowie eine Arbeitszeitverkürzung von zehn bezahlten freien Tagen im Jahr – dies entspräche umgerechnet auf die Woche 38,5 Stunden – gefordert. Am 9. November schloß die ÖTV nach nur vier Verhandlungsrunden einen Tarifvertrag ab, der neben einer Einkommensverbesserung um 3,2 Prozent folgende Arbeitszeitregelung enthält: Ab 1. 1. 1985 erhalten die Beschäftigten ab 58 Jahre zwei zusätzliche freie Tage, ab 1. 1. 1986 die über 50jährigen und ab 1. 1. 1987 alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Dies entspricht auf die Woche umgerechnet einer Arbeitszeitverkürzung von weniger als einer halben Stunde. Beschäftigungspolitisch bleibt der

Abschluß unwirksam. Ein ernsthafter Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung, der wegen der Form der freien Tage ohnehin problematisch war, ist damit keineswegs erreicht. Durch die lange Laufzeit des Tarifabkommens bis 1987 droht zudem erneut die Abkoppelung der Arbeitszeitbewegung von der IG Metall.

Tarifabschlüsse 2. Halbjahr 1984

Gewerkschaft	Branche/Beschäftigte	Ab-schluß	Lohn/Gehalt	AZV
IGBE	Kali- u. Salzbergbau (12000)	Sept.	3,7%	
IGBE	Erdöl- u. Erdgasgewinnung (11600)	Sept.	3,4%	Vorruhestandsreg. ab 58. Lj.
IGM	Eisen- u. Stahlind. Peine-Salzgitter/Saarl. (37000)	Sept.	3,2% (nach 9 Nullmonaten)	38,0 Wochenstd. in Freischichten
CPK	Papiererzeugende Ind. (48000)	Okt.	3,5%	Vorruhestandsreg. ab 58 Lj., 38 Wochenstd. für Beschäftigte ab 55 J.
IGM/ HBV	Kfz-Gewerbe Hessen (30000)	Juli	4,0%	
NGG	Brauereien NRW (14800)	Sept.	3,25%	
NGG	Zigarettenindustrie		3,4%	
HBV	Einzelhandel Bremen (35000)	Juli	3,5% + 40 DM	
	Rh.-Pfalz (80000)	Juli	3,5%	
	Bayern (230000)	Juli	3,5%	
	Berlin (84000)	Juli	3,5%	
ÖTV/ DPG/ GdED	Öffentlicher Dienst, Post und Bahn (ca. 2,4 Mill.)	Nov.	3,2%	2 freie Tage für Besch. über 58 J. ab 1985, über 50 J. ab 1986, ab 1987 für alle

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen)

Der nächste Bereich, in dem ein Arbeitszeitkonflikt ansteht, wird der Einzelhandel mit rund 2 Millionen Beschäftigten sein. Die HBV, die hier im Juli Lohn- und Gehaltsabschlüsse mit 3,5 Prozent vereinbaren konnte, fordert für den Einzelhandel die Durchsetzung der 38,5-Stunden-Woche in Form von freien Tagen.

In der Metallindustrie hat die „zweite Runde“ des Arbeitskampfes begonnen, nämlich mit der Auseinandersetzung um die betriebliche Umsetzung der tarifvertraglichen Arbeitszeitbestimmungen, die vor allem im ersten Quartal 1985 einen Höhepunkt erreichen wird. Wie sich zeigt, stehen bei der Umsetzung alle Grundfragen des Arbeitszeitkonflikts erneut im Raum – allerdings für die Gewerkschaft jetzt unter Bedingungen, unter denen eine vereinheitlichte Regelung noch schwerer zu erzielen ist. Die Fronten für diese betriebliche Runde sind abgesteckt. Die IG Metall hat angekündigt, durch Intensivierung der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit die Flexibilisierung der Arbeitszeit weitgehend zu verhindern und 38,5 Stunden für jeden durchzusetzen, worin das „Handelsblatt“ eine drohende „Invasion der Gewerkschaft in die Betriebe“ sieht (HB v. 26. 9. 1984). Der IG Metall-Bezirk Stuttgart beschloß zur Form der angestrebten Arbeitszeitverkürzung eine Bündelung auf 1,5 Stunden pro Woche, auf drei Stunden jede zweite Woche oder auf einen freien Arbeitstag nach jedem 26. Arbeitstag. Dies seien Formen, die die Verkürzung am spürbarsten machen und am ehesten eine Leistungsverdichtung erschwerten.

Gesamtmetall hat demgegenüber mit der „Saarbrücker Erklärung“ alle Unternehmer eingeschworen, die Arbeitszeitflexibilisierung zu nutzen. Nach Worten von Stihl, VMI-Sprecher von Baden-Württemberg, hat diese verbandspolitische Vergatterung unter anderem folgendes Ziel: „Es geht auch darum, bereits im Ansatz gegenzusteuern, daß kein erneuter Konflikt um die Arbeitszeitfrage entsteht.“ (Rede vom 13. 9. 1984 in Fellbach)

3.6 Ausbildungsstellen

In diesem Jahr wuchs nach den offiziellen Angaben zum Stichtag, dem 30. 9. 1984, die Anzahl der nicht vermittelten Bewerber um einen Ausbildungsplatz um 24 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 58 700. Von 760 000 gemeldeten Bewerbern erhielten nur rund 700 000 einen Ausbildungsvertrag. Mit dem Hinweis darauf, daß die „Wirtschaft noch einmal 20–25 000 Plätze bereitstellen wird, weitere 15–20 000 in voll berufsqualifizierten Schulen geschaffen werden könnten und mit dem Ausbau von Benachteiligtenprogrammen weitere Versorgungsmöglichkeiten bestünden“, sprechen die verantwortlichen Politiker die Hoffnung aus, daß noch zwei Drittel der Unversorgten einen Ausbildungsplatz erhalten werden. „Eine Ausbildungskatastrophe gibt es nicht“. Gegen diese optimistische Einschätzung sprechen die folgenden Überlegungen: Durch die ausschließliche Berücksichtigung der bei den Arbeitsämtern registrierten Bewerber wird die Existenz einer relativ hohen Dunkelziffer ignoriert. Hinweise auf die Zahl derer, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht dort melden, sind nicht nur dem Einschaltungsgrad der Ämter zu entnehmen, sondern auch regionalen Schätzungen, z. B. des Arbeitsamtes Köln, das eine Dunkelziffer bei den jugendlichen Arbeitslosen von 40 Prozent annimmt. Bundesweite Schätzungen des DGB beliefen sich für 1983 auf 200 000 Betroffene, wovon ein großer Teil ohne Berufsausbildung sein dürfte.

Beim Erstellen der Stichtagszahl werden die Statistiken bereinigt, so daß alle Bewerber, die ersatzweise eine Schule besuchen oder eine Arbeitsstelle angenommen haben, nicht mehr als „unvermittelt“ erscheinen. Während die Arbeitsämter nur 58 700 Bewerber als „unvermittelt“ ausweisen, wurden 193 500 Lehrstellenbewerber anderweitig „untergebracht“. Sie tauchen in der Statistik nicht mehr auf, obwohl sie Nachfrager nach einer Lehrstelle waren und keine erhalten haben. Demnach blieben also nicht neun, sondern fast 39 Prozent aller registrierten Bewerber ohne Lehrstelle.

Unvermittelte Bewerber für Ausbildungsstellen nach Art der „Erladigung“¹

Art der „Erladigung“	Bewerber für Ausbildungsstellen					
	Insges.	% ²	männl.	% ²	weibl.	% ²
Allgemeinbildende Schule	15663	2,4	6753	2,4	8910	2,4
Berufsgrundschul-/ Berufsbildungsjahr	10336	1,6	4728	1,6	5608	1,5
Berufsfachschule	39851	6,1	9465	3,3	30386	8,4
Fachhoch-/ Hochschule	7640	1,2	3393	1,2	4247	1,2
Sonstige berufsbildende Schule	7781	1,2	1859	0,6	5922	1,6
berufsvorbereitende Maßnahme	6058	0,9	2513	0,9	3545	1,0
Arbeitsstelle nach Vermittlungsvorschlag unbekannt	25689	3,9	7823	2,7	17866	4,9
verblieben	45360	7,0	19688	6,9	25672	7,1
Sonstige Erladigung	35014	5,4	15380	5,4	19634	5,4
Noch nicht vermittelt	58717	9,0	20601	7,2	38116	10,5

¹ Ohne Fälle, für die noch keine Erladigungsmeldungen vorlagen, 1984
² Anteil in Prozent der Bewerber insgesamt
 (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Berufsberatungstatistik)

Gegen diese Verfahrensweise spricht auch, daß 36 100 dieser „Erladigten“ ihren Vermittlungsversuch ausdrücklich aufrechterhalten haben und die sehr hohe Quote (81 Prozent) der Besucher von beruflichen Vollzeitschulen, die weiterhin eine betriebliche Ausbildung anstreben (lt. Berufsbildungsbericht 1984). Außerdem ist anzunehmen, daß ein Teil der „nach Vermittlungsvorschlag unbekannt Verbliebenen“ keine Ausbildungsstelle gefunden hat.

Um ein realistisches Bild der Ausbildungssituation zu erhalten, forderte der DGB in den letzten Jahren die Erstellung einer Ausbildungsbilanz, die alle zu versorgenden Jugendlichen den Ausbildungsgängen gegenüberstellt.

Nachfrage nach Ausbildungsmöglichkeiten insgesamt

Wie viele Jugendliche müssen versorgt werden?	
Nachfrage aus laufendem Abgängerjahrgang:	
Schulabgänger aus SEK I ¹	780 000
Hochschulberechtigte	302 400
Aus beruflichen Schulen	320 000
Absolventen der Förderlehrgänge der Bundesanstalt für Arbeit (BA)	20 000
Altnachfrage aus früheren Jahren ²	297 600
Versorgungsaufgabe insgesamt	1 720 000

¹ Sekundarstufe I, d. h. 5.–10. Schuljahr
² Zum Beispiel Ausbildungsabbrecher, Wehr- und Zivildienstleistende, Jungarbeiter, arbeitslose Jugendliche usw.
 (Quelle: Berufsbildungsbericht 1984, Minderheitsvotum der Beauftragten der Arbeitnehmer...)

Die Zahl der zu versorgenden Jugendlichen setzt sich laut Berufsbildungsprognose des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BiBB) für 1984 aus Abgängern der allgemeinbildenden Schulen (einschl. Förderlehrgängen der BA) (1 422 400) und Altnachfragern (297 600) zusammen. Kommen davon 277 700 in Hoch- und allgemeinbildenden Schulen unter, weitere 509 300 in beruflichen Schulen und berufsvorbereitenden Maßnahmen und erhalten 700 000 einen Ausbildungsplatz, so bleiben über 200 000 Jugendliche in diesem Jahr ohne Ausbildung.

Ein spürbarer Rückgang der Bewerberzahlen ist erst für 1987 zu erwarten, was aber nicht bedeutet, daß die grundlegenden Probleme im Ausbildungsbereich sich mit den geburtenschwachen Jahrgängen quasi von selbst lösen werden. Die Quote der Hochschulzugangsberechtigten und -absolventen unter den Bewerbern um einen betrieblichen Ausbildungsplatz verdoppelte sich von 1980 bis 1984 und wird weiter steigen. Dies bedeutet eine zunehmende Verschlechterung der Chancen von (Alt-) Bewerbern mit niedriger schulischer Qualifikation, besonders von denen ohne Hauptschulabschluß. Der Ausbau von Benachteiligtenprogrammen und die steigende Anzahl von Schülern in den beruflichen Vollzeitschulen wird zu einer Ausdehnung dieser „Warteschleifen ohne Perspektive“ führen, worauf der rückläufige Anteil von Absolventen des Berufsvorbereitungs- und des Berufsgrundschuljahres an Auszubildenden in allen Bereichen schließen läßt.

Zwei Drittel der nicht vermittelten Bewerber sind Mädchen, ihr Anteil an den Schülern ersatzweise besuchter Berufsfachschulen stieg 1983 auf 68 Prozent (Anteil an allen Bewerbern: 55,9 Prozent). Außerdem sind ausländische Jugendliche stark benachteiligt. 13 Prozent von ihnen erhielten 1984 keinen Ausbildungsplatz, das sind 5 Prozent mehr als bei den deutschen.

Das Problem der regional sehr unterschiedlichen Entwicklung bleibt ebenso bestehen. Am deutlichsten disproportional entwickelte sich das Verhältnis von gemeldeten Ausbildungsstellen und Bewerbern in NRW, Niedersachsen-Bremen und Hessen, während es in Südbayern gar einen Überhang an nicht besetzten Stellen gibt. Noch größere Unterschiede ergeben sich beim Vergleich einzelner Arbeitsamtsbezirke; rund ein Viertel der noch unbesetzten Stellen konzentriert sich auf 20 Arbeitsamtsbezirke (von 142), insbesondere auf Großstädte. Die Chancen des Einzelnen sind also sehr stark von seinem Wohnort abhängig, und nicht etwa von „Unflexibilität“ bei der Berufswahl. Auch wenn in diesem Jahr wieder der größte Teil der Berufswünsche (bei Jungen 64 Prozent, Mädchen 79 Prozent) auf jeweils 21 Berufe entfiel, deutet der niedrige Anteil von 50 Prozent derer, die eine ihrem vorrangigen Vermittlungswunsch entsprechende Ausbildung beginnen, darauf hin, daß die Jugendlichen sich durchaus den Arbeitsmarktverhältnissen entsprechend umorientieren.

Schon seit den siebziger Jahren sind zunehmend Dequalifizierungstendenzen im betrieblichen Ausbildungsbereich zu beobachten. Dies hängt in starkem Maße mit der überproportionalen Steigerung (um fast 31 Prozent von 1976 bis 1982) des Lehrstellenangebotes im Handwerk zusammen, was zu einem sinkenden Anteil von Ausbildungsberufen mit geringem Berufsverlustrisiko und hoher Transferqualifikation führt. Eine wichtige Rolle spielt dabei, daß vor allem Klein- und Mittelbetriebe Auszubildende einstellen, wobei häufig die Einsparung von Lohnkosten gegenüber der Qualifizierung der Jugendlichen im Vordergrund stehen dürfte.

Auch in diesem Jahr zeichneten sich im Dienstleistungsbereich, einem Bereich mit relativ hohem Anteil von Auszubildenden mit höherer schulischer Qualifikation, deutliche Engpässe ab. Einer Zunahme von 3 Prozent beim Lehrstellenangebot stand eine Steigerung der Bewerberzahlen um 10 Prozent gegenüber; im Bereich der Fertigungsberufe (einschließlich technischer Berufe) stand einem Anstieg der gemeldeten Stellen um 2,6 Prozent eine Zunahme der Bewerberzahlen um 6 Prozent gegenüber.

Der Anteil des Handwerks am Gesamtbestand der Ausbildungsplätze wuchs zwischen 1972 und 1983 von 33 auf 39 Prozent, während der Anteil von Industrie und Handel von 57,4 auf 46,6 Prozent sank. Zwar hat ein Teil der dort „überschüssig“ Ausgebildeten die Möglichkeit, im erlernten Beruf bei der Industrie einzusteigen (z. B. Elektriker, Installateure usw.), aber der Berufswechsleranteil an den beschäftigten Fachkräften z. B. in der Chemieindustrie (krasseste Beispiel) lag 1979 bei 52 Prozent, was bedeutet, daß „Fehlqualifizierte“ sich einer Umschulung unterziehen, oder gar minderqualifizierte Anlern Tätigkeiten ausführen müssen.

Infolgedessen stieg in den letzten Jahren die Zahl derer, die nach der Lehre keinen Arbeitsplatz fanden, rapide an. Im Herbst 1983 waren schon 65 000 Jugendliche betroffen, 10,3 Prozent eines gesamten Ausbildungsjahres. 1979 hatte diese Quote nur 1,7 Prozent betragen.

Auch wenn sich also einige Unternehmer durch die Appelle der Bundesregierung veranlaßt sahen, Ausbildungsplätze zusätzlich anzubieten: die grundlegenden Tendenzen, verursacht durch Engpässe und Mängel im Ausbildungsbereich, und das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit bleiben weiter bestehen. So sehr verstärkte Ausbildungsaktivitäten zu wünschen sind: das Kernproblem bleibt einfach der Mangel an Arbeitsplätzen.

3.7 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft ist auch in den letzten Monaten weiterhin rückläufig gewesen. Vor allem in der Bauwirtschaft wurde in zunehmendem Umfang die Zahl der Arbeitskräfte abgebaut.

Beschäftigung¹

	Gesamtwirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe	Bauwirtschaft	Dienstleistungen
1983 1. Vj.	22048	7982	1363	7622
2. Vj.	21966	7897	1374	7633
3. Vj.	21915	7840	1389	7642
4. Vj.	21912	7826	1397	7659
1984 1. Vj.	21899	7811	1388	7686
2. Vj.	21855	7790	1351	7711
3. Vj.	21810	-	-	-

¹ In 1000, saisonbereinigte Zahlen
(Quelle: DIW-Wochenbericht 45-46/84, S. 548)

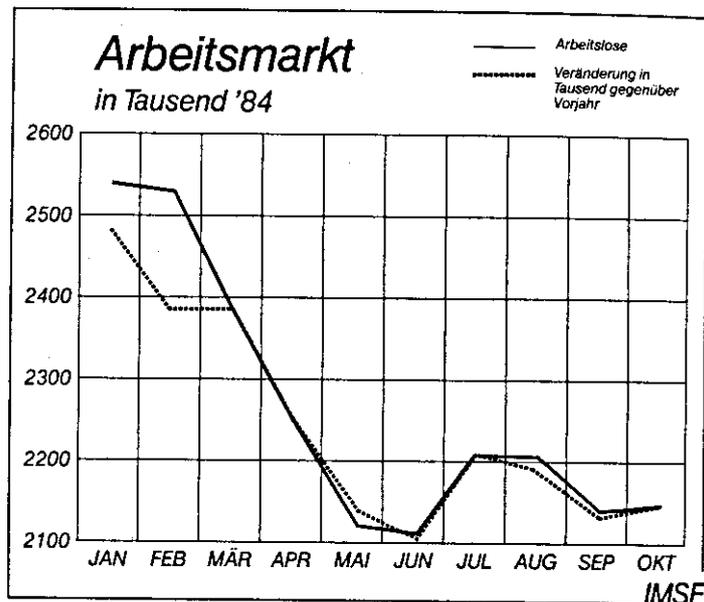
Im ganzen Jahr 1984 wird nach Schätzung des „Herbstgutachtens“ die Zahl der Erwerbstätigen um etwa ein halbes Prozent oder rund 110 000 niedriger liegen als 1983; im kommenden Jahr wird trotz des zu erwartenden Rückgangs der Arbeitszeit bestenfalls mit einer Stagnation der Beschäftigtenzahlen zu rechnen sein. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß ohne die vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen die Lage noch etwas ungünstiger sein würde.

Entsprechend negativ haben sich die registrierten Arbeitslosenzahlen entwickelt. Zwar sind die saisonbereinigten Ziffern im September und Oktober leicht zurückgegangen, nachdem sie im Jahresverlauf von 1984 laufend angestiegen waren. Trotzdem liegen sie immer noch auf Vorjahreshöhe, im Jahresdurchschnitt wird auch die offizielle Arbeitslosigkeit leicht über dem Vorjahresstand liegen. Die relativ optimistische Prognose des „Frühjahrgutachtens“ im April, die zum Jahresende 1984 einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit (- 200 000 gegenüber dem Vorjahr) in Aussicht gestellt hatte, hat sich „unrealistisch erwiesen“.

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2539	+ 52	566	- 626	70	+ 8
Februar	2537	+ 1	644	- 504	80	+ 11
März	2393	+ 7	618	- 405	93	+ 11
April	2253	± 0	489	- 275	94	+ 12
Mai	2133	- 16	388	- 251	97	+ 11
Juni	2113	- 14	338	- 157	99	+ 13
Juli	2202	± 0	262	- 173	99	+ 16
August	2202	+ 6	212	- 167	95	+ 12
September	2144	+ 9	262	- 208	91	+ 12
Oktober	2145	- 3	301	- 248	86	+ 14

(1) In 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Bei Einbeziehung der „Stillen Reserve“ nichtregistrierter Arbeitsloser (knapp 1,3 Millionen) ergibt sich also selbst für das „Hochkonjunkturjahr“ 1984 eine tatsächliche Arbeitslosigkeit von gut 3,5 Millionen. Die Ungeheuerlichkeit dieser Zahl, aber auch der Umfang des „Gewöhnungsprozesses“ in der Öffentlichkeit, beleuchtet ein Blick auf Prognosen der Vergangenheit: so errechneten z. B. das Baseler Prognos-Institut und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung im Jahre 1977 in Gutachten für das Bundeswirtschaftsministerium für 1985 eine tatsächliche Arbeitslosigkeit von etwa 1,7 Millionen. Dies wurde damals als ein ausgesprochen „düsteres Bild des Arbeitsmarktes“ (Frankfurter Allgemeine v. 25. 8. 1977) bezeichnet. Heute stellt eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit für die Bundesregierung keinen Anlaß zu beschäftigungspolitischen Maßnahmen dar.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus.
Der Abschnitt 1.3 wurde von Elvio Dal Bosco, der Abschnitt 3.6 von Susanne Rechmann verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 20. 10. 1984. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 9007 49, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.